



Geschäftsstelle der LAG Arbeit NRW e. V.
c/o Essener Arbeit Beschäftigungsgesellschaft mbH ■ Zipfelweg 15 ■ 45356 Essen

Vorstand
Stefan Kersjes

c/o EABG mbH
Zipfelweg 15
45356 Essen

Tel.: 0221 / 942011-44
Mail: geschaeftsfuehrung@kgabmbh.de

Pressemitteilung zur aktuellen Diskussion um das Bürgergeld

LAG Arbeit NRW begrüßt Initiative der Stadt Essen:

25.000 Jobs für Langzeitarbeitslose in NRW sofort verfügbar

Die LAG Arbeit NRW begrüßt die aktuellen politischen Diskussionen rund um die Reform des Bürgergeldes und setzt ein klares Signal: „Die Beschäftigungsträger in NRW sind bereit und in der Lage, sofort 25.000 Jobs für langzeitarbeitslose Menschen zu schaffen. Wenn die finanziellen Mittel bereitgestellt werden, können wir mittelfristig jedem Langzeitarbeitslosen ein passendes Beschäftigungsangebot machen.“, betont Stefan Kersjes, Vorstandsvorsitzender der LAG Arbeit NRW. Dabei findet der 'Working First'-Ansatz breite Zustimmung bei den Beschäftigungsunternehmen in NRW. Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, ist seit Jahrzehnten eine zentrale Forderung der LAG Arbeit NRW.

In Anlehnung an den Aufruf des Netzwerks Arbeit und soziale Teilhabe mit dem Titel „Weil Arbeit mehr ist als Lohn“ betont die LAG Arbeit NRW, dass Arbeit einen zentralen Bestandteil sozialer Teilhabe darstellt und weit über die reine Entlohnung hinausgeht. „Deshalb unterstützen wir alle Ansätze, die dazu führen, Menschen aus der Arbeitslosigkeit herauszuholen und zu beschäftigen. Dazu gehört selbstverständlich auch gemeinnützige Arbeit als Gegenleistung für den Bürgergeldbezug. Wir nehmen diese Vorschläge sehr ernst und rufen dazu auf, diese Ideen umzusetzen. Lassen Sie Ihren Worten Taten folgen!“, fordert Stefan Kersjes für die LAG Arbeit NRW.

Die LAG Arbeit NRW sieht die politische Diskussion als Chance, langjährige Versäumnisse zu beheben und neue Impulse zu setzen. Dabei sind im SGB II bereits alle gesetzlichen Regelungen vorhanden, um die Vorschläge von Minister Karl-Josef Laumann und CDU-Generalsekretär Carsten Linneemann sofort umzusetzen. „Wenn die Beschäftigungsträger stärker eingebunden werden, können wir sofort starten.“, meint Stefan Kersjes für die LAG Arbeit NRW. „Die politische Diskussion muss zu Ergebnissen führen: Jetzt gilt es, zu handeln. Die Beschäftigungsträger in NRW stehen bereit, ihre Expertise einzubringen. Wenn Politik und Gesellschaft hinter diesem Ansatz stehen, können wir Beschäftigung und soziale Teilhabe entscheidend vorantreiben. Es ist unsere Verantwortung, den Menschen im Bürgergeldbezug Perspektiven durch Arbeit zu bieten.“

Die LAG Arbeit NRW fordert eine stärkere Einbindung der Beschäftigungsträger, um den Übergang von passiver Unterstützung hin zu aktiver Beschäftigungsförderung zu gestalten.